



Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Laurenzplatz 4, 50667 Köln
Redaktionsbüro 0221/221-26456

Gregor Timmer (gt) 0221/221-26487
Jürgen Müllenberg (jm) 0221/221-26488
Stefan Palm (pal) 0221/221-22144
Inge Schürmann (is) 0221/221-26489
Nicole Trum (nit) 0221/221-26785
N.N. 0221/221-25399

Telefax 0221/221-26486
E-Mail presseamt@stadt-koeln.de
Internet www.stadt-koeln.de/presse

22.07.2013 -

Stadt Köln legt Beschwerde in Münster ein Eilentscheide des Verwaltungsgerichts Köln zu U3-Betreuung nicht akzeptiert

Die Stadt Köln wird beim Oberverwaltungsgericht in Münster fristgerecht Beschwerde gegen zwei Eilentscheide zum Umfang des Rechtsanspruch für unter Dreijährige einlegen. Dazu hat sich die Verwaltung nach Überprüfung der schriftlichen Begründung bei der Entscheidungen vom 18. Juli 2013 entschlossen.

Eine 5-Kilometer-Entfernungsgrenze als einziges Kriterium für die Zumutbarkeit einer Kindertagesstätte sieht Köln als nicht sachgerecht an. Vielmehr kommt es aus Sicht der Stadtverwaltung gerade in einer Großstadt wie Köln mit guten Anbindungen durch den Öffentlichen Nahverkehr nicht alleine auf die Entfernung, sondern auch auf den Zeitaufwand für den Weg an. In einem der entschiedenen Fälle beträgt der einfache Weg, eine Kombination aus Fuß- und Fahrweg, vom Wohnort des Kindes bis zu der von der Stadt Köln angebotenen Kita mit den Kölner Verkehrs-Betrieben deutlich unter 30 Minuten. Dies ist in einer Großstadt aus Sicht der Verwaltung in jedem Fall als zumutbar anzusehen.

Der Bundesgesetzgeber hat die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege als gleichrangige Angebote zur Erfüllung des Rechtsanspruchs für ein- und zweijährigen Kinder festgelegt. Dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern kommt dabei auch aus der Sicht des Jugendamtes eine besondere Bedeutung zu. Das konkrete und realisierbare Platzangebot ist aber ebenso in die Entscheidung mit einzubeziehen. Wenn im Einzelfall die von den Eltern gewünschte Betreuungsform nicht realisiert werden kann, kann der Rechtsanspruch aufgrund der im Bundesgesetz verankerten Gleichrangigkeit mit einem Platz in einer Kita oder in der Kindertagespflege erfüllt werden. Dies wurde bei den Ausbauvorgaben an die Kommunen auch berücksichtigt und die Stadt Köln hat ihr Angebot dementsprechend geplant und ausgebaut.

Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern steht insofern unter dem Vorbehalt freier Plätze. Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Städtetag NRW geht die Stadt Köln auch weiterhin davon aus, dass die beiden Betreuungsangebote gleichwertig nebeneinander stehen.

- nit -